

Mal schlimmer, mal weniger schlimm – die linken Mühen mit dem Antisemitismus

Offiziell kämpft die Schweizer Linke an vorderster Front gegen Judenhass. Dennoch fällt es vielen Genossen schwer, linke und islamistische Antisemiten klar zu benennen. In der SP sorgt das für Ärger.

Lucien Scherrer

Sie hat Proteste für Flüchtlingskinder organisiert, prangert die «milliardenschwere Nahrungsmittelindustrie» wegen irreführender Werbung in Sachen Salatsaucen an, und wegen ihr (oder, je nach Sichtweise: dank ihr) muss die Berner Stadtverwaltung 35 Prozent ihrer Führungspositionen mit Frauen besetzen.

Lea Kusano ist eine konsequente Linke, aktiv und unbequem, mit einer tiefen Abneigung gegenüber Monokulturen – egal, ob diese geschlechtlich, ideologisch oder kulturell begründet sind. «Ich bin in die SP eingetreten, als Bundesrätin Ruth Metzler abgewählt wurde, um mit Christoph Blocher einem weiteren Mann Platz zu machen», erzählt sie.

Doch mittlerweile hadert die 40-jährige Ethnologin in Sachen Monokulturen auch mit ihrem eigenen politischen Umfeld, das sich in den letzten Jahren stark ideologisiert habe. «Wie viel», so fragt sie sich etwa, «braucht es eigentlich, um in der Linken als «rechts» zu gelten?»

Ihre Antwort: Sehr wenig – es reicht, nicht jeden Bürgerlichen als Menschenfeind zu betrachten, Gewalt von Linksextremisten zu kritisieren oder Antisemitismus selbst dann zu verurteilen, wenn er in den eigenen Reihen gedeiht, sich unter dem Deckmantel aggressiver «Israelkritik» verbirgt oder von religiösen Minderheiten ausgeht. So hat ihr Cédric Wermuth, der Linksaussen-Kandidat für das SP-Präsidium, kürzlich auf Twitter vorgehalten, sie fröne dem «Talkpoint von Rechtsaussen», weil sie ihm vorgeworfen hatte, er setze sich nur gegen Antisemitismus ein, wenn es gerade opportun sei.

Das Thema Judenhass beschäftigt Kusano persönlich, denn ihre Vorfahren mütterlicherseits sind Juden, die in Osteuropa zwangsbekehrt und verfolgt wurden. Ihre Mutter und ihre Schwester haben den jüdischen Glauben in der Schweiz wieder praktiziert, sie selber ist konfessionslos, fühlt sich dem Judentum jedoch verbunden. Dazu gehört auch, dass sie den Staat Israel trotz allen Unzulänglichkeiten als eine Art «Safe Space» für Juden verteidigt – gerade jetzt, wo der Antisemitismus in Europa und den USA wieder spürbar zunimmt.

Beschämender Eklat im beschaulichen Bern

Mit ihrer proisraelischen Haltung hat sich Kusano allerdings schon viele Feinde gemacht. 2012 sorgte die Bernerin in ihrer Heimatstadt gar für einen regelrechten Skandal um die sogenannte Nakba-Ausstellung. Sie erdreistete sich nämlich, die von der Stadt Bern alimentierte, von Regula Rytz eröffnete und von allen linken Parteien unterstützte Ausstellung über die Vertreibung der Palästinenser öffentlich als einseitig, antiisraelisch und grenzwertig zu kritisieren. Womit sie, wie

Proteste in Deutschland und Gegendarstellungen von Berner Lehrern zeigen, nicht ganz allein war.

Dennoch löste Kusanos Gottesdienststörung geradezu «beschämende» Gegenreaktionen aus, wie der sonst eher linksgrüne «Bund» in einem Kommentar monierte. Der Organisator der Ausstellung, ein religiöser Sozialist Namens Matthias Hui, versuchte die Jungpolitikerin mit Zitaten aus einer privaten Mail öffentlich blosszustellen; eine grüne Stadträtin wiederum fotografierte sie bei einem Schwatz mit einem EDU-Politiker und stellte das Bild ins Netz (Kommentar: «Was will uns dieses Bild sagen?»).

Kurz nach dem Skandal wurde Kusano mit dem besten Resultat ins Berner Stadtparlament gewählt, doch im linken Kuchen wirkt die Geschichte bis heute nach. Einige Genossen grüssen sie schon gar nicht mehr. Andere sagen ihr ins Gesicht, sie könne «als Jüdin» doch gar nicht anders denken, während wieder andere mittels Ahnenforschung zu beweisen versuchen, dass sie gar nicht das Recht habe, sich als Jüdin zu «inszenieren», weil nur ihre Grossmutter väterlicherseits jüdisch gewesen sei (was nicht stimmt).

Man redet lieber über Islamfeindlichkeit

Die heftigen Reaktionen zeigen jedenfalls, dass die Themen «Israel» und «Antisemitismus» innerhalb der Linken einen empfindlichen Nerv treffen. Denn zum einen gehört der Kampf gegen jegliche Formen von Rassismus und Antisemitismus unbestritten zur linken DNA. Zum anderen stehen viele Antirassisten vor einem moralischen Dilemma, sobald sich auch ideologisch Verbündete oder vermeintliche Unterdrückte als hässliche Antisemiten entpuppen.

So ist es ein offenes Geheimnis, dass viele Palästinensergruppen üble antisemitische Propaganda betreiben, indem sie Juden als Blutsauger, Weltverschwörer oder Brunnenvergifter verleumdern und Davidsterne mit Hakenkreuzen gleichsetzen. Die britische Labour-Party von Jeremy Corbyn wiederum, den Schweizer (Jung-)Sozialisten wie Cédric Wermuth als Vorbild betrachten, war in den letzten Jahren regelmässig in den Schlagzeilen wegen antisemitischer Ausfälle in den eigenen Reihen.

Und schliesslich ist es nicht mehr zu leugnen, dass der in arabischen Ländern gepflegte Antisemitismus mittlerweile auch in Europa wütet – namentlich in Ländern wie Frankreich, wo sich viele Juden wegen gewalttätiger Angriffe und Morde von Islamisten nicht mehr sicher fühlen, bestimmte Quartiere meiden und zu Zehntausenden auswandern.

Doch wer solche Tatsachen anspricht, läuft schnell Gefahr, als «islamophob» oder gar «rassistisch» abgekanzelt zu werden. «Alles, was mit dem Islam zu tun hat, ist in der SP ein grosses Tabu», sagt der ehemalige Zürcher SP-Präsident und Nationalrat Daniel Frei, «der moralisierende Habitus führt zu einer gewissen Blindheit. Wichtig wäre jedoch eine differenzierte Betrachtung.» Frei hat im letzten Sommer zu den Grünliberalen gewechselt, weil ihm die SP zu ideologisch geworden ist.

Wie schwer sich die SP mit gewissen Formen des Antisemitismus tut, zeigt eine Resolution, welche die Partei im letzten Mai verabschiedet hat. «Die SP Schweiz kämpft gegen Antisemitismus», heisst es im Titel. Allerdings geht es im Text dann erst einmal ausführlich um «Islamfeindlichkeit» und die «islamophobe Angstkampagne» der «Rechten». Auch der aufkeimende Antisemitismus, so könnte man bei oberflächlicher Lektüre schliessen, geht in Europa nur von «Rechten» aus.

Dass muslimische Extremisten und Linksextreme gemäss europäischen Umfragen für rund 50 Prozent der schwersten jüdenfeindlichen Attacken verantwortlich sind (Rechtsextreme: 13 Prozent), wird nämlich mit keinem Wort erwähnt – vielmehr muss man sich diese Informationen aus angehängten Studien zusammensuchen.

«Gaza ist ein KZ» und andere antisemitische Codes

Für Lea Kusano ist dieser Eiertanz um religiös motivierten Judenhass absolut unwürdig, gerade für eine vormals religionskritische Partei wie die SP: «Wer die Täter nicht klar benennt, der schützt sie. Und die Betroffenen fühlen sich noch mehr im Stich gelassen.» SP-Präsident Christian Levrat hält das Papier dagegen für «sehr mutig»: «Es ist nicht primär darum gegangen, die Ursachen zu benennen, sondern Gegenmassnahmen aufzuzeigen. Und hier wagen wir uns weit vor.»

Tatsächlich zeigt die Resolution trotz aller Verschleierung, dass sich in der SP etwas bewegt. Unter anderem fordert sie Bundesrat und Parlament dazu auf, «sich zur Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance zu bekennen»; ein entsprechendes Postulat von SP-Ständerat Paul Rechsteiner ist in der Herbstsession überwiesen worden. Das ist insofern brisant, als diese umstrittene Definition auch bei propalästinensischen Linken auf heftige Ablehnung stösst.

Aus naheliegenden Gründen: Antisemitisch ist gemäss der Allianz auch, wer Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich macht, den Staat Israel als «rassistisches» Projekt ablehnt oder die Politik Israels mit jener des «Dritten Reichs» vergleicht. All das gehört zur Folklore an propalästinensischen Demos («Gaza schlimmer als Holocaust» usw.), aber auch zum Repertoire gewisser Organisationen und Schweizer Politiker.

«Gaza ist ein KZ», behauptete der langjährige SP-Nationalrat Franco Cavalli vor einigen Jahren, zudem stellte er die rhetorische Frage, ob die Juden die Taten der Nazis vergessen hätten. Der heutige SP-Nationalrat und -Präsidiumskandidat Mathias Reynard schrieb in seiner Juso-Zeit, der Westen und die USA unterstützten «das jüdische Volk» mit seinem Märtyrerstatus systematisch; eine Aussage, die er heute als Jugendsünde bedauert.

Andere Sozialdemokraten und Grüne halten bis heute unbeirrt zu Organisationen, die in Sachen Antisemitismus nicht über jeden Zweifel erhaben sind. Der Schweizer Ableger der palästinensischen «Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen»-Bewegung (BDS) schmückt sich bis heute mit linker Prominenz wie Carlo Sommaruga, Margret Kiener Nellen (SP), Theres Frösch und Geri Müller (beide GP) oder dem Filmemacher Samir, der auch als «Patron» der Berner Nakba-Ausstellung fungierte.

Obwohl offiziell den Menschenrechten verpflichtet, fallen Exponenten von BDS immer wieder mit der Verbreitung antisemitischer Karikaturen und Klischees auf. Im letzten Mai hat der deutsche Bundestag die Methoden und die Argumente der Bewegung als «antisemitisch» verurteilt, auf Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen. Ihren Entscheid stützten die Befürworter unter anderem auf die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance, welche die SP auch in der Schweiz verankern will – was BDS Schweiz zu Protestnoten an die SP provoziert hat.

Lea Kusano sieht es so: «Wenn es der SP ernst ist mit dem Kampf gegen den Antisemitismus, distanziert sie sich klar von Organisationen wie BDS. Alles andere hinterlässt einen sehr schalen Nachgeschmack.» Ob die 40-jährige ihre Karriere in der SP fortsetzen wird, ist derzeit offen, denn die Stimmung ist auch sonst angespannt.

Vor einigen Tagen hat Kusano ihr Berner Grossratsmandat abgegeben, weil ihr die Fraktion den Wunsch verweigert hat, die erste Session auszusetzen. Dies, obwohl es Kusano darum ging, ihre schwerkranke Mutter zu pflegen, die kürzlich gestorben ist. Seither stellt sie sich die Frage, ob man sie ebenfalls derart kaltschnäuzig behandelt hätte, wenn sie eine Linke der bequemen Sorte wäre.